

Memorandum über Massnahmen zur Verhütung des Atomkriegs.

Von Prof. Hans Thirring, Wien.

Kapitel I. Die Situation.

Die Spannung zwischen Ost und West und der aus ihr entstandene Nervenkrieg bilden die grösste Gefahr der Gegenwart; ihre Beseitigung könnte das derzeit einzige wirkungsvolle Friedensinstrument, die Vereinten Nationen, wieder aktionsfähig machen.

Die Kriegsgefahr im Spiegel der Volksmeinung.

Einer zu beiden Seiten der Streitparteien weit verbreiteten Meinung zufolge hat jeweils die andere Partei ausgesprochene Aggressionsabsichten. Vom Universitätsprofessor bis zum kleinen Mann herunter erzählt mir jedermann westlich von Wien, dass nur die Atombombe und der Atlantikpakt die Russen davon abgehalten habe, mit der Roten Armee bis zur Atlantikküste vorzurücken. Die in einer Millionenaufgabe verbreitete Wochenschrift LIFE spricht in Nr. 5 des 7. Jahrganges vom 29. August von einer „generally accepted theory that Russia's 175 active divisions could sweep unchecked to the Atlantic seaboard“. Auf der gleichen Seite ist auch die Rede von „the question that has been bedeviling the Washington mind for months: „What assurance does anyone have that Russia won't decide to launch a sudden attack against us?“ Die darauffolgende Seite 19 des Blattes zeigt eine Karte von Mitteleuropa, auf der der Illustrator die freundliche Vision darstellt, wie die Etappenlinien der Roten Armee in Deutschland einem "strategic bombing" durch die Westalliierten unterworfen werden und wie aus der Gegend von Düsseldorf, Köln und Frankfurt a.M. die gigantischen Wolkenpilze der Atombomben aufquellen, mit denen die russischen Truppenkonzentrationen angegriffen werden.

Das Gegenstück dazu bildet die östlich des eisernen Vorhanges in Presse, Rundfunk und Schule ständig wiederholte These von den Aggressionsabsichten des kapitalistischen Imperialismus der Westmächte. Der eben geschilderten Vision einer Ueberflutung Europas durch die Rote Armee steht - vom Osten her gesehen - die Vision eines Angriffes des Westens auf die sozialistischen Staaten gegenüber. Ich zitiere den zweiten Absatz des Leitartikels aus Nr. 2 der in drei Sprachen veröffentlichten Zeitschrift "In Defence of Peace", die vom Komitee des

kommunistisch inspirierten Weltfriedenskongresses herausgegeben wird. Es heisst dort:

"Ein neues und furchtbares Komplott gegen die Menschheit wird hinter dem Rücken der Völker ausgekocht durch die Militaristen, die Waffenfabrikanten und Todesschacherer, in den diplomatischen Büros, den militärischen Hauptquartieren, den bakteriologischen Laboratorien und Atombombenfabriken der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und ihrer Satelliten. Für diese bedeutet Krieg das Heilmittel gegen die drohende Wirtschaftskrise."

Die östliche These lehrt ferner, dass nur der festen Haltung der Sowjetregierung, der Stärke der Roten Armee und der Friedensliebe der werktätigen Massen auf der ganzen Welt die bisherige Aufrechterhaltung des Friedens zu verdanken sei.

Es ist weiter eine Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf beiden Seiten die jeweilige These der anderen Partei als eine groteske Verleumdung betrachtet, was insofern berechtigt ist, als tatsächlich an beiden Ufern der grossen Kluft nicht nur die Bevölkerung selbst, sondern - ganz im Gegensatz zur Situation von 1939 - auch die verantwortlichen Führer an eine von der eigenen Seite her ausgehende unprovozierte Aggression à la Hitler nicht denken, ja im Gegenteil einen solchen Plan als gegen die obersten Grundsätze verstossend verwerfen würden.

Was ist tatsächlich los?

Die gespannte Weltsituation kostet die Völker der Erde rund 100 Millionen Dollars täglich an Barauslagen für Militär und Rüstungen und dazu noch ungefähr ebensoviel an direkten Lasten, indem die bestehende Unsicherheit den Wiederaufbau der Welt hemmt. Ist die Ursache von all dem nur einfach ein globales Missverständnis, oder haben die zu beiden Seiten geäusserten Besorgnisse einen realen Hintergrund? Lassen wir die der allgemeinen Hysterie entspringende Hypothese von den Hitler'schen Plänen des jeweiligen Gegners fallen, dann bleiben noch immer die folgenden bedrohlichen Tatsachen übrig.

Die Gefahr aus dem Osten.

Das Original-Lenin'sche (nicht Trotzki'sche) Programm der Weltrevolution lautet: "Die Aufgabe der siegreichen Revolution besteht in der Durchführung des Höchstmasses dessen, was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist." Diese Grundthese ist nie widerrufen worden, sie wird vielmehr bis heute in jede neue Auflage von Stalins

„Probleme des Leninismus“ übernommen (11. Aufl. 1947, S. 39) und ist auch zwischen 1945 und 1948 bei der Bildung der Volksdemokratien durch die Tat bekräftigt worden. Ueber diesen Punkt kann also kein Zweifel bestehen; die Auffassungen gehen nur hinsichtlich der Frage der Identifizierung von Revolution und Krieg auseinander. Nach kommunistischer Auffassung bedeutet die proletarische Revolution keine Bedrohung des Weltfriedens, sondern die als Akt historischer Notwendigkeit sich vollziehende Befreiung der werktätigen Massen aus den Klauen des Ausbeutertums.

Im Westen denkt man darüber ganz anders. Denn das, was die breiten Massen in den nichtkommunistischen Ländern über den Verlauf der russischen Revolution und über die Zustände in der Sowjetunion vernommen haben, und dazu die Erfahrungen mit dem Vordringen des Kommunismus nach den baltischen Ländern, nach Polen, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und der Tschechoslowakei, weiter der verdächtig stereotype Verlauf der grossen Schauprozesse, die gegenseitigen Enthüllungen und Anschuldigungen der Kommunisten in Jugoslawien und in den Kominform-Staaten, die Berichte der Flüchtlinge aus diesen Ländern und für uns Oesterreicher nicht zuletzt die Erfahrungen, die während der Okkupation gemacht wurden, - alles das hat nicht nur bei den Kapitalisten in Mittel- und Westeuropa, sondern auch im Kleinbürgertum, in der Bauernschaft und dazu noch bis tief in die Arbeiterschaft die Ueberzeugung getragen, dass eine vom Kreml aus dirigierte Befreiung nur ein schlechter Tausch wäre, indem die Ausbeutung durch den Kapitalismus - die im übrigen durch das Wirken des demokratischen Sozialismus und der Gewerkschaften ohnedies allmählich an Härte abnimmt - gegen eine im Laufe der Zeit sich ständig verschärfende Knechtung durch eine bürokratische Oligarchie vertauscht würde. Die als Waffe der Revolution und des Krieges bewährte bolschewistische Härte wird, sobald Revolution und Krieg vorbei sind, der eigenen Partei gefährlich, denn sie stiftet Unfrieden in den eigenen Reihen (Tito kontra Stalin) und wirkt nach aussen hin so abschreckend, dass die Kluft zwischen Bürgertum und Rechtssozialismus durch Bildung einer Einheitsfront gegen den Totalitarismus teilweise überbrückt wurde.

Die Bedrohung von der anderen Seite her.

Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, dass die Lenin'sche Drohung mit der Weltrevolution die einzige Kriegsgefahr bedeute. Kriege sind

eine viel ältere Erfindung als der Bolschewismus und auch heute schwelen an einzelnen Stellen der Welt wie z.B. in Vietnam blutige Konflikte, deren Ursache nur in der Einbildung naiver Gemüter auf Rechnung des Kommunismus gesetzt werden kann. Man darf die Tatsache nicht übersehen, dass es in den kapitalistischen Ländern mächtige und daher entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmende Gruppen gibt, die an gesteigerter Aufrüstung, ja sogar direkt am Ausbruch von Kriegen - teils zur Hebung der Konjunktur, teils zur Gewinnung von Absatzmärkten und Rohstoffquellen - materiell stark interessiert sind und die daher so zu wirken bestrebt sind, dass die Kriegspsychose gesteigert wird. Kein Geringerer als Truman selbst hat in einer seiner Wahlreden 1948 eine Parallele zwischen der Finanzierung Hitlers durch die deutsche Schwerindustrie und dem heutigen Verhalten der amerikanischen Industriemagnaten gezogen. Der Ausspruch "lieber Kriege als Krise", der der Gattin des Herausgebers des LIFE, Mrs. Clarence Luce zugeschrieben wird, charakterisiert kurz und treffend die Sachlage.

Man muss auch die psychologische Tatsache berücksichtigen, dass das Stammland der USA bisher vom Luftkrieg völlig verschont geblieben ist und dass die Zahl der Todesopfer unter den Angehörigen der USA-Wehrmacht relativ gering geblieben ist. Die Amerikaner haben also viel weniger als die Europäer und namentlich die Russen das furchtbare Leid des Krieges am eigenen Leib zu spüren bekommen und darum ist es kein Wunder, wenn Hunderttausende von sportlichen jungen Menschen - von denen noch dazu ein grosser Teil in der Kriegsfliegerei die einzige Möglichkeit zur Ausübung des an sich gewiss reizvollen Sportes des Luftkampfes sieht - in Amerika heute genau so wie ~~im~~ vor ein bis zwei Jahrzehnten in Nazi-Deutschland dem Abenteuer eines Krieges mit freudiger Spannung entgegen sieht. Dies umso mehr als allfällige Gewissensbisse wegen des fünften Gebotes durch den Hinweis auf die vaterländische Pflicht entkräftet werden. Die masslos ungeschickte und der westlichen Mentalität gar nicht angepasste Moskauer Propaganda und die um kein Haar bessere Diplomatie der Ostmächte - dazu noch der im Kult mit der glorreichen Roten Armee zum Vorschein kommende Neomilitarismus des Ostens - haben es den Kriegshetzern jenseits des Atlantik sehr leicht gemacht, ihre Landsleute davon zu überzeugen, dass „our way of life“ bedroht sei und dass es überhaupt nur ein Argument gebe, das auf die Bolschewisten einen Eindruck machen könne, nämlich die grössere militärische Stärke. Die Propaganda der Kriegshetzer hat es schliesslich zuwege gebracht, dass

der Westen sich in einem Punkt stärker gegen das Gebot der Völkerverständigung versündigt als der Osten, indem sich nämlich die irrige und verderbliche These von der Unvermeidlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den beiden grossen Widersachern - trotz gelegentlicher gegenteiliger Versicherungen der massgebenden Männer - in den kapitalistischen Ländern weit tiefer als anderswo in die Ueberzeugung der breiten Schichten und namentlich der Intelligenz eingefressen hat.

Und ganz unabhängig von allen kapitalistischen Interessen gibt es viele Hunderttausende, ja vielleicht Millionen von Menschen, die direkt oder indirekt unter der bolschewistischen Härte schwer zu leiden hatten und die aus Ressentiment und zum Teil in der eitlen Hoffnung, verlorene Positionen wiedergewinnen zu können, darauf brennen, dass die Abrechnung mit dem ähnen verhassten Regime endlich losgeht. Einem zur Revolution rufenden Kreuzzug für die Befreiung des Proletariats vom Ausbeutertum steht der zum Krieg rufende Kreuzzug zur Befreiung der Millionen gegenüber, die vom Terror der Diktaturen unterjocht sind oder unterjocht zu sein glauben.

Resümé.

Seit der Machtergreifung Gottwalds in Prag herrscht in der Welt eine ähnliche Panikstimmung wie nach dem neun Jahre vorher erfolgten Einmarsch Hitlers in die gleiche Stadt. Ob die Angst berechtigt ist oder nicht, entzieht sich meiner Beurteilung; ich registriere zwei Tatsachen: 1) Die Panik besteht, 2) sie führt zu bedeutend grösseren Rüstungsausgaben als im Jahre 1939.

Dabei haben die Hauptgegner - die gleichzeitig die mächtigsten Staaten der Welt sind - wenn wir von egoistischen Interessen winziger Gruppen absehen, gar keinen materiellen Grund zu Eroberungsfeldzügen. Denn solche Abenteuer sind bei der heutigen Marktlage für die gesamte Nation gerechnet per saldo unbedingt ein schlechtes Geschäft. Und ausserdem will die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von Kriegen nichts mehr wissen. Trotzdem haben es kleine aber mächtige Schichten - auf der einen Seite geleitet vom doktrinären Marxismus, auf der anderen Seite geleitet von einer Mischung aus Proftsucht und Hysterie - zuwege gebracht, das Gespenst der von der anderen Seite her drohenden Gefahr so gross zu zeichnen, dass die Kettenreaktion einer wachsenden gegenseitigen Verfeindung und des Wettrüstens eingesetzt hat. Die beiden oben erwähnten Kreuzzüge sind im vollen Gange und vereiteln die Erfüllung der Rooseveltischen Verheissung der "Freiheit von Furcht". Die

Menschen des Westens haben die nicht ganz unbegründete Sorge, dass die bis Eger und Weimar vorgedrungene kommunistische Walze, alle demokratischen Freiheiten zermalmend, nach Westen weiterrollt, und die Menschen im Osten haben die Sorge, dass die geladene Pistole des Atlantikpakts unter der Stimulation übereifriger Hetzer vorzeitig losgehen könnte und die im Aufbau und Wiederaufbau befindlichen sozialistischen Staaten mit Atombomben überschüttet könnte. Mit andern Worten: Der Kreuzzug zur Befreiung des Proletariats wird vom Westen her gesehen zum Schreckgespenst der Vergewaltigung einer friedlichen kleinbürgerlich-bäuerlich-proletarischen Mehrheit durch eine bewaffnete fanatisierte Minderheit. Dagegen ist der Kreuzzug zur Befreiung der unter dem Terror des Bolschewismus schmach tenden Menschen in den Augen des Ostens das Schreckgespenst eines Attentats, das der an seinen inneren Widersprüchen allmählich zugrundegehende Kapitalismus auszuführen bestrebt ist, um den Aufbau einer neuen Welt zu verhindern. Das Gefühl der Bedrohung führt zu vermehrter Rüstung, vermehrte Rüstung verstärkt das Gefühl der Bedrohung auf der andern Seite - noch einige weitere Umläufe der Spirale und die Katastrophe kann eintreten.

Die technische Situation.

Die Leute, die einen dritten Weltkrieg als ein kaum vermeidbares Fegefeuer unserer Zivilisation betrachten und ihm mit einem gewissen Fatalismus entgegensetzen, sind leider zu wenig über seine katastrophalen Auswirkungen informiert.

Als man im Jahre 1946 die Verhandlungen über eine Kontrolle der Atomenergie begann, hätte man die Massenherstellung von Atombomben und von anderen Atomwaffen von allem Anfang an unterbinden können. Das Nichtzustandekommen des Atom-Paktes und die gleichzeitig sich versteifende Spannung zwischen Ost und West hat den Beginn eines Wettrüstens auf dem Gebiet der Atomwaffen zur Folge gehabt, bei dem die Amerikaner zwar heute noch mit beträchtlichem Vorsprung führen, aber keineswegs mehr das Monopol des Alleinbesitzes innehaben.

Bei der Mentalität der Generalstäbe aller Nationen lässt sich leicht voraussehen, dass die militärischen Berater der Regierungen es nie zugeben werden, dass der Streitmacht der Nation eine Waffe von derart überragender Wirkung wieder entzogen wird. Ich glaube daher nicht, dass man mit einer Vernichtung des bestehenden Vorrates von Atombomben jemals mehr ernsthaft rechnen kann. In einer im März 1949 abgehaltenen Rundfunk-Diskussion im Sender Chicago sagte daher auch Prof. Ridenour,

dass eine Konvention über das Verbot der Atomwaffen - selbst wenn sie auch wider Erwarten endlich in der Atomenergiekommission der Vereinten Nationen zustande käme, - vom Senat in Washington voraussichtlich nicht mehr ratifiziert würde. Wie sollte auch ein dem Gegner alle Schlechtigkeiten zutrauender Staat sich davon vergewissern können, ob nicht in den unermesslichen Gebieten der Sowjetunion oder der USA, oder in Kanada oder Alaska usw. irgendwo noch versteckte Atombombenlager vorhanden sind?

Wir müssen also damit rechnen, dass ein allfällig zum Ausbruch gelangender Krieg zwischen der USA und der Sowjetunion von beiden Seiten her mit ausgiebigem Gebrauch von Atomwaffen geführt würde, was unvermeidlich zur Folge hätte, dass auf den Kriegsschauplätzen - zu denen natürlich auch Oesterreich gehören würde - die Zerstörungen zehn bis hundertmal so gross sein würden wie im zweiten Weltkrieg und dass überdies durch die radioaktive Verseuchung die ganze Bewohnerschaft biologische und genetische Schädigungen erleiden würde, die zum vollkommenen Rassenverfall führen müsste.

Bei dieser Sachlage haben wir allen Grund, energische Massnahmen zu treffen, damit überhaupt von vornherein kein Weltbrand ausbricht. Denn sobald einmal der Funke gezündet hat, können die Auswirkungen der ins Rollen kommenden Kettenreaktion unabsehbare Dimensionen annehmen.

Kapitel II. Der Plan.

Die Rolle der grossen Weltorganisationen.

Die Politiker und die Vertreter der Regierungen bei den Vereinten Nationen haben in den vier Jahren des Bestandes dieser Institution keinen wirklichen Ausweg aus der Sackgasse gefunden und sie haben es vor allem nicht zuwege gebracht, das gegenseitige Aufschaukeln der feindlichen Stimmung zu dämpfen. Und auch die zur Erhaltung des Friedens und zur Vertretung der grossen geistigen und wirtschaftlichen Belange zuständigen Organisationen wie die Kirchen und die Gewerkschaften haben keinen entschlossenen Versuch zur Schlichtung des Streites gemacht, sondern haben selber als Kombattanten im kalten Krieg für die eine oder die andere Seite Partei ergriffen. Der im folgenden entwickelte Vorschlag stützt sich nun auf die Ueberzeugung, dass gerade diese beiden grossen Gruppen von internationalen Organisationen, nämlich die katholische Kirche und der ökumenische Weltkirchenrat auf der einen Seite

und die Gewerkschaftsverbände und die Parteien des demokratischen Sozialismus auf der anderen Seite, die Kraft und die Autorität haben könnten, die beiden Schreckgespenster zu verscheuchen, so dass die Unsicherheit und die Furcht vor der Bedrohung, die zum geistigen und materiellen Wettrüsten Anlass gibt, schwindet. Notwendig ist dazu die strikte Einigung auf eine bestimmte gemeinsame Basis, die durch die folgenden Ueberlegungen gewonnen werden kann:

1) In dieser zweigeteilten Welt, in der jede Hälfte von sich selber behauptet, dass sie das bessere politische und ökonomische System besitze, hat keine von beiden seit einem Menschenalter die Möglichkeit gehabt, die eigene Leistungsfähigkeit ungestört von Interventionen oder Interventionsversuchen der andern Seite zu erweisen. Beide Teile haben das allergrösste Interesse daran, endlich einmal in Ruhe gelassen zu werden. (Dieser Gedanke ist in dem von der Union of Democratic Control herausgegebenen Manifest of a Peace Truce enthalten). Es ist darum notwendig, den auf beiden Seiten geführten Kreuzzügen dadurch die Spitze abzubrechen, dass man ihnen den Charakter der Kriegsdrohungen nimmt. Wie dies zu geschehen hat, wird sich aus den folgenden Ausführungen ergeben.

2) Die Mehrzahl der Menschen ist seit vielen Generationen mit dem Gedanken vertraut gemacht worden, dass das Unheil des Krieges als ein unvermeidliches Uebel zu tragen sei, und man hat ihnen immer nur die Verpflichtung eingehämmert, dass sie im Falle eines Krieges alles zu tun hätten, damit der glorreiche Sieg erfochten wird. Diesen Leuten muss nun klar gemacht werden, dass im modernen totalen Krieg die Wucht der Zerstörungswaffen jene der Abwehrmittel weitaus überwiegt, dass diese Tatsache in einem Atomkrieg noch unvergleichlich krasser in Erscheinung treten würde als in den beiden Weltkriegen und dass daher in einem allfälligen dritten Weltkrieg Sieger und Besiegte fast in gleicher Weise zugrunde gerichtet würden. Die weitaus wichtigere Staatsbürgerpflicht der Gegenwart - sowohl im Interesse der Nation wie auch im eigenen Interesse - besteht in einem in der Richtung zur Verhütung von Kriegen führenden persönlichen Verhalten des Einzelnen.

3) Im Gegensatz zu der bis zum ersten Weltkrieg herrschenden völkerrechtlichen Auffassung haben sich bedeutende Staatsmänner in den Zwanzigerjahren dieses Jahrhunderts zur Erkenntnis durchgerungen, dass Angriffskriege internationale Verbrechen seien. Dieser Grundsatz ist zuerst in den Genfer Protokollen zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen festgelegt worden, die im Jahre 1924 von 48 Nationen

unterzeichnet wurden, er ist dann in der achten Völkerbundversammlung vom Jahre 1927 mit einer einstimmigen Entschliessung der Vertreter von ebenfalls 48 Mitgliedstaaten akzeptiert worden und ist schliesslich 1928 im Briand-Kellogg-Pakt feierlich besiegelt worden.

4) Leider hat man auf alle diese Abmachungen erst post festum zurückgegriffen als man im Jahre 1946 die restlichen Prominenten des Dritten Reiches wegen Anstiftung und Vorbereitung von Angriffskriegen vor das Nürnberger Tribunal stellte. Gerade in der kritischen Zwischenzeit von 1928 bis 1938 hat man es verabsäumt den Begriff der Aggression hinlänglich klar zu definieren und den Geist des Briand-Kellogg-Paktes dadurch lebendig zu machen, dass man den moralischen Widerstand und die Entschlossenheit zum physischen Widerstand gegen den Aggressor zum Gegenstand der allgemeinen Volksstimmung in allen Nationen machte. Man hat ganz im Gegenteil vor den säbelrasselnden Diktatoren Mussolini und Hitler fleissig Katzenbuckel gemacht, so dass Hitler - von seinem beschränkten Standpunkt aus leider nicht mit Unrecht - bei der Geheimkonferenz vom 22. August 1939 die denkwürdigen Worte sagen konnte: „Ich werde propagandistischen Anlass zur Auslösung des Krieges geben, gleichgiltig ob glaubhaft. Der Sieger wird später nicht darnach gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht.“

5) Den grossen überpolitischen Organisationen wie den Gewerkschaftsverbänden und Kirchen eröffnet sich hier eine grosse und wichtige Aufgabe. Während nämlich die politischen Parteien naturgemäss immer darauf ausgehen die Volksstimmung gegen den jeweiligen politischen Gegner aufzustacheln, müssten die erwähnten Organisationen die angesichts der gespannten Weltlage viel wichtigere Mission erfüllen, die allgemeine Stimmung rechtzeitig vor Ausbruch eines neuen Krieges gegen eine - von wo immer her kommende - Aggression zu richten, derart, dass in hinreichend vielen Menschen die Entschlossenheit wachgerufen wird, einer von aussen kommenden Aggression Widerstand entgegenzusetzen und an einer von der eigenen Seite geführten Aggression die Mitwirkung zu verweigern.

6) Damit ein derartiger Feldzug gegen einen potentiellen Aggressor Aussicht auf Erfolg hat, muss a) der Begriff der Aggression scharf genug definiert sein, so dass es kein Herumdeuteln und keinen Zweifel gibt, und b) müssen Mittel zur Verfügung stehen, um wirksame Sanktionen gegen den Aggressor ausführen zu können.

7) Solche Mittel sind nun die Atomwaffen, die heute schon beiden grossen Streitpartnern zur Verfügung stehen. In Anbetracht des schon

erwähnten Umstandes, dass mit einer Vernichtung der bestehenden Vorräte an Atombomben realiter gar nicht zu rechnen ist, muss die Lösung jetzt so lauten: **S t a t t A e c h t u n g d e r A t o m - w a f f e n , A e c h t u n g d e s A n g r i f f s k r i e g e s !**

8) Die bisherigen Friedensbestrebungen krankten zum Teil an den zu geringen Mitteln, mit denen sie arbeiteten, zum Teil aber auch daran, dass schon die Meinungsdivergenzen darüber, wer den Weltfrieden wirklich bedroht, zu neuem Unfrieden Anlass gegeben haben. Wenn daher die grossen Organisationen etwas zur Befriedung der Welt beitragen sollen, haben sie sich hinsichtlich der strittigen Frage über die Schuld am kalten Kriege strikt neutral zu verhalten und haben anstelle einer Parteinahme klare Richtlinien für die Feststellung von Aggressionen und für das erforderliche Verhalten der Welt gegenüber dem Aggressor auszuarbeiten. Was vermieden werden muss, ist eine Wiederholung der Vorgänge von 1939, da mangels einer deutlichen Abgrenzung des Begriffes der Aggression der Einmarsch nach Polen dem deutschen Volk gegenüber als eine Notwehrmassnahme getarnt wurde.

Die Problematik der Kriegsdienstverweigerung.

Wir hatten oben unter Punkt 2) festgestellt, dass die wichtigste Staatsbürgerpflicht in einem in der Richtung zur Verhütung von Kriegen liegenden Verhalten des Einzelnen ~~steht~~ bestehe. Ueberlegen wir uns noch einmal, auf welcher gemeinsamen Basis die Arbeiterschaft und die Gruppe der wirklich religiösen Menschen in den meisten Kulturstäaten untereinander einig werden könnten, um die Kriegsgefahr zu beseitigen oder zumindest zu verringern. Sicher werden sie alle behaupten, dass sie selber keinen Krieg mehr wollen. Aber was kann jeder als Einzelperson oder im Rahmen seiner Organisation dazu tun, damit kein Krieg ausbricht?

Ein Mittel bestünde in einer völlig universellen allgemeinen Kriegsdienstverweigerung. Aber daran ist bei dem gegenseitigen Misstrauen der beiden Welthälften, das von oben her bis tief hinein in die untersten Schichten des Proletariats reicht, gar nicht zu denken. Auf jeder Seite würden die Militärbehörden mit schärfsten Massnahmen gegen die Kriegsdienstverweigerer vorgehen, weil die Generäle der Ueberzeugung sind, dass auf der Gegenseite ein zu jedem Angriff geschultes und kampfbereites Millionenheer steht. Daher sind auch die oft heldenmütig Ueberzeugungstreuen War Resisters und Conscientious Objectors eine so verschwindende Minderzahl geblieben, dass sie auf die Weltpolitik keinen Einfluss genommen haben.

Die Achtung der Aggression.

Dagegen könnte auf sehr weitgehend gemeinsamer Basis ein anderer Entschluss gefasst werden, der selbst in den Augen der militärischen Kreise weit weniger Risiko mit sich brächte als die unbedingte Kriegsdienstverweigerung. Ich meine den B e s c h l u s s d e r N i c h t t e i l n a h m e a n A g g r e s s i o n s a k t e n . Da nun schon einmal auf Grund der oben in Punkt 3) aufgezählten internationalen Konventionen und der darauf basierenden bei den Nürnberger Prozessen verwendeten Gesetzgebung die Aggressionskriege als internationale Verbrechen gebrandmarkt sind und da dementsprechend jede Regierung mit tiefstem Ernst versichert, dass ihr Aggressionsabsichten völlig ferne liegen, hat kein oberster Kriegsherr mehr das Recht, Einwände zu erheben, wenn allgemein festgelegt wird, dass der Wehleid der Soldaten sich nicht auf die Teilnahme an offenkundigen Aggressionen erstrecken darf, dass vielmehr die Mitwirkung an Aggressionen ein Verbrechen und die Abwehr von Aggressionen eine universelle, alle Menschen angehende Pflicht ist. Dazu ist es freilich, wie schon erwähnt, notwendig, dass der Begriff der Aggression hinlänglich eindeutig, klar und allgemein verständlich genug definiert ist.

Der Akt von Chapultepek.

Eine - allerdings unzureichende - Definition der Aggression ist in den sehr wichtigen Erklärungen über gegenseitige Hilfeleistung und amerikanische Solidarität gegeben, die als der „Akt von Chapultepek“ vom 3. März 1945 veröffentlicht worden sind. Es wird dort in der Präambel darauf hingewiesen, dass

die Staaten Amerikas seit 1890 durch Konventionen, Entschliessungen und Erklärungen die folgenden Grundsätze zu einem Bestandteil ihres internationalen Rechtes gemacht haben:

a) Achtung territorialer Eroberungen und die Nichtanerkennung aller durch Gewalt vollzogenen Erwerbungen (Erste Internationale Konferenz der Amerikanischen Staaten, 1890);

b) Die Verurteilung der Einmischung eines Staates in die inneren oder äusseren Angelegenheiten eines anderen (Siebente Internationale Konferenz der Amerikanischen Staaten, 1933, und Inter-amerikanische Konferenz für die Aufrechterhaltung des Friedens, 1936);

c) die Feststellung, dass jeder Krieg und jede Kriegsdrohung

unmittelbar oder mittelbar alle zivilisierten Völker berührt und die grossen Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit gefährdet, die das Ideal und die Grundlagen der amerikanischen internationalen Politik darstellen (Interamerikanische Konferenz für die Aufrechterhaltung des Friedens, 1936).

Auf Grund dieser Einleitung wird sodann eine sechs Punkte umfassende Erklärung abgegeben, von der hier nur die drei ersten zitiert seien:

Erstens: Dass alle souveränen Staaten einander juristisch gleichberechtigt sind.

Zweitens: Dass jeder Staat Anspruch auf die Achtung seiner Individualität und seiner Unabhängigkeit seitens der anderen Mitglieder der internationalen Gemeinschaft hat.

Drittens: Dass jeder Angriff eines Staates gegen die Unantastbarkeit oder Unverletzbarkeit des Gebietes oder die Souveränität oder die politische Unabhängigkeit eines amerikanischen Staates in Einklang mit Teil III dieses Aktes, als eine gegen die anderen Staaten gerichtete Angriffshandlung angesehen werden soll, die diesen Akt unterzeichnen. (Ein bewaffneter Einfall eines Staates in das Gebiet eines anderen unter Ueberschreitung der durch Vertrag festgelegten und dementsprechend gekennzeichneten Grenzen ist immer als eine Angriffshandlung anzusehen.)

Der im folgenden erläuterte Vorschlag gipfelt im wesentlichen darin,

a) dass diese ursprünglich nur für den amerikanischen Kontinent
← abgegebene Erklärung auf die ganze Welt angewendet wird,

b) dass eine solche Ausdehnung sich nicht einfach (wie das im Pakt der Vereinten Nationen zum Teil überhaupt schon geschehen ist) in Regierungserklärungen erschöpft, sondern dass die Gewerkschaften und die Religionsgemeinschaften an jeden einzelnen ihrer Angehörigen die strikte Forderung stellen, sich in seinem persönlichen Verhalten, id est in seiner Stellungnahme zum Aggressor, danach zu richten.

Der Punkt b) ist natürlich der wesentliche an dem Plan und ich sehe in diesem Zusammenhang den von der westlichen Seite her zu erwartenden Einwand voraus, dass die Durchsetzung einer solchen Einstellung nur in den von Diktatur freien Ländern möglich wäre. Ich werde weiter unten sogleich klar machen, dass dieser Umstand, selbst wenn er hundertprozentig zuträfe, die Wirksamkeit der im folgenden erörterten Massnahmen nicht herabsetzen kann. Zunächst müssen wir versuchen, eine hieb- und stichfeste Definition des Begriffes der Aggression zu geben.

Definition der Aggression.

Zum Zweck einer reinlichen Scheidung der Begriffe schlage ich zunächst vor, zwischen Angriff und Aggression zu unterscheiden. **A n - g r i f f** soll der allgemeinere Begriff sein, der auch jede militärische Offensive umfasst, selbst wenn sie im Rahmen eines Verteidigungskrieges erfolgt, während wir unter **A g g r e s s i o n** eine unprovokierte oder zu Eroberungszwecken erfolgte militärische Angriffshandlung verstehen wollen. In dem Akt von Chapultepek ist die Rede von dem „bewaffneten Einfall eines Staates in das Gebiet eines anderen“. Dem Wortlaut dieser Definition nach wären z.B. die im Jahre 1944 erfolgten Invasionen der westlichen und östlichen Alliierten in das Deutsche Reichsgebiet Angriffshandlungen gewesen, die gemäss dem Akt von Chapultepek zu verwerfen gewesen wären. De facto hat es sich damals aber natürlich um militärische Operationen im Rahmen eines grossen Abwehrkrieges gehandelt. Ich schlage darum die folgende Definition vor:

Eine Aggression begeht, wer ohne vorangegangene gleiche Handlung der Gegenseite mit namhaften militärischen Streitkräften und Kampfmitteln zu Lande, zu Wasser oder in der Luft die eigene Grenze überschreitend in fremdes Staatsgebiet eindringt, dort Kampfhandlungen ausführt oder das Gebiet ganz oder teilweise zu annektieren versucht oder den Bewohnern des fremden Staates gewaltsam ein bestimmtes Regierungssystem aufzuzwingen versucht. Das Verbrechen der Aggression begeht auch derjenige, der nicht völlig aufgeklärte Vorfälle einseitig als Attentate gegen seine Sicherheit bezeichnet und unter dem Vorwand angegriffen zu sein, kriegerische Operationen einleitet. Zur Entscheidung darüber, ob in einem konkreten Fall Friedensbruch vorliegt oder nicht, ist gemäss Artikel 39 des Paktes der Vereinten Nationen der Welt-sicherheitsrat zuständig.

Es ist wichtig, von vornherein auch ganz klar festzustellen, welche Handlungen nicht als Aggressionsakte zu bezeichnen sind, damit nicht von irgendeinem an sich geringfügigen, durch den Uebereifer oder die

Böswilligkeit untergeordneter Organe hervorgerufenen Zwischenfall die lawinenartig abrollende Spirale von einander gegenseitig aufschaukelnden Gegenmassnahmen erzeugt wird, die schon wiederholt zu Kriegen geführt hat. Zur Illustration seien im folgenden einige konkrete Beispiele für solche Vorfälle angeführt, die eindeutige Aggressionsakte darstellen, und anderseits solche, die im Sinne der hier vorgeschlagenen Beschlüsse keine Aggressionsakte sind.

Beispiele von Aggressionsakten:

Der Einfall Mussolinis in Abessinien im Jahre 1935.

Der Ueberfall Francos auf das republikanische Spanien im Jahre 1936.

Der Einfall der Japaner in China im Jahre 1937.

Sämtliche militärischen Ueberfälle Hitlers, angefangen vom Einfall in die Tschechoslowakei bis zum Einmarsch in Russland.

Die kriegerischen Handlungen Russlands gegen Polen und Finnland im Jahre 1939.

Der japanische Ueberfall auf Pearl Harbour.

Als Aggressionsakte wären auch die folgenden fingierten Vorfälle zu betrachten:

Der Versuch irgendeiner ausländischen Macht, Oesterreich gewaltsam in zwei Teile zu spalten.

Ein allfälliger Versuch Titos, Kärnten oder Teile davon mit Gewalt dem jugoslawischen Staat einzuverleiben.

Ein Versuch des Freistaates Eire, Nordirland mit Gewalt von Grossbritannien loszulösen und zu annektieren.

Beispiele für Nichtaggressionen:

Vorfälle der im folgenden gekennzeichneten Art sind nicht als Aggressionsakte zu betrachten, auf Grund deren die betreffende Partei sich etwa das Recht herausnehmen dürfte, Offensivhandlungen einzuleiten oder Luftangriffe auszuführen:

Kleinere Grenzzwischenfälle, bei denen einzelne nur mit Handfeuerwaffen versehene Patrouillen die Grenze überschreiten.

Ueberfliegen fremden Gebietes ohne Bomben abzuwerfen.

Ausschreitungen gegen die im Ausland lebenden Bürger oder Volksgenossen ~~des betreffenden~~ eines Staates.

Tätigkeit einer sogenannten fünften Kolonne.

Der letzte Punkt mag zu Kontroversen hinsichtlich der Auslegung Anlass geben, er scheint mir aber wichtig zu sein. Ein Staat, dessen

Exekutive nicht die Kraft hat, im Inneren Ruhe und Ordnung zu halten, kann sich an die Vereinten Nationen wenden. Durch Anzettlung selbstständiger Kriegshandlungen würde er nur die Gefahr eines Weltkonfliktes heraufbeschwören, ohne die geringste Aussicht zu haben, selber entscheidende Erfolge zu erringen.

Soviel zur Definition von Aggression und Nichtaggression.

Ein Weltfriedenskongress der grossen Organisationen.

Mein Vorschlag geht dahin, dass so bald wie möglich ein Weltfriedenskongress der grossen internationalen Organisationen (Gewerkschaftsverbände, Kirchen, Frauen- und Jugendorganisationen) einberufen wird, dessen Aufgabe in erster Linie darin bestehen wird, Massnahmen zur Verhütung künftiger Aggressionen zu treffen. Bei der Einberufung des Kongresses sollte ausdrücklich folgendes festgelegt werden:

Es ist hinlänglich bekannt, dass die Kommunisten die Bedrohung des Weltfriedens in ~~den~~ den imperialistischen Plänen des von seinen Wirtschaftskrisen bedrängten Kapitalismus sehen, während die Gegenseite den Bolschewismus und die totalitären Systeme für das Bestehen der grossen Spannung verantwortlich macht. Die beiderseitigen Argumente sind seit vier Jahren in allen Versammlungen der Vereinten Nationen, in zehntausenden von Presseartikeln, Vorträgen und Rundfunkreden vorgebracht worden, ohne dass eines davon die Gegner überzeugt hätte. Eine Wiederholung dieser gegenseitigen Anschuldigungen auf dem Kongress der grossen Organisationen wäre nur eine Zeitvergeudung und wäre geeignet, von vornherein eine Atmosphäre des Unfriedens zu schaffen. Aus diesem Grunde wird ausdrücklich festgesetzt, dass eine Erörterung der Schuldfrage an der bestehenden Kriegsgefahr als ein sattsam bekanntes und einer einverständlichen Lösung nicht zugängliches Problem gar nicht auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt wird und überhaupt nicht zur Sprache gebracht werden soll.

Zweck des Kongresses ist es vielmehr in erster Linie festzustellen, dass ein Aggressionskrieg einmütig abgelehnt wird, in zweiter Linie an welchen Merkmalen ein Aggressor künftig deutlich erkannt werden kann und wie sich die Mitglieder der internationalen Organisationen im Falle einer Aggression zu verhalten haben.

Darüber hinaus soll der Kongress Empfehlungen geben über Massnahmen zur Einstellung der Kriegshetze, zur Mässigung der Polemik, zur Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs, sowie über Massnahmen auf lange

Sicht zur Verhütung von Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen in allen Ländern.

Das Programm des Kongresses sollte demnach aus folgenden Punkten bestehen:

- 1) Formulierung einer brauchbaren Definition der Aggression und Abgrenzung jener Handlungen, die nicht als Aggressionsakte zu betrachten sind.
- 2) Beschluss, den Mitgliedern aller grossen internationalen Organisationen zur Pflicht zu machen, an Aggressionen nicht mitzuwirken.
- 3) Ausdrückliche Erklärung, dass zur Abwehr einer Aggression, die als Menschheitsverbrechen zu betrachten ist, der Einsatz sämtlicher zur Verfügung stehenden technischen Mittel zur Zerstörung der Rüstungsbetriebe des Angreiferstaates gebilligt wird.
- 4) Aufforderung an alle Mitglieder der Organisationen, sich an kriegshetzerischen Handlungen nicht zu beteiligen.
- 5) Empfehlungen an alle Staaten zur Herstellung eines den Friedensbedürfnissen entsprechenden Wirtschaftsverkehrs zwischen Ost und West.
- 6) Verlangen nach schrittweiser Herabsetzung der Rüstungen unter internationaler Kontrolle.
- 7) Massnahmen um die herrschenden Schichten aller Staaten zu einer besseren Fürsorge und zu einer menschenwürdigeren Behandlung ihrer Untertanen anzueifern.
- 8) Es soll auf eine internationale Konvention hingearbeitet werden, gemäss welcher nach Ablauf einer angemessenen Frist die Regierungen sämtlicher Staaten ihren Staatsbürgern die Auswanderung freistellen.

Kapitel III. Kommentare.

Zu Punkt 1) bis 3):

Die Friedensbewegungen in den westlichen Ländern werden immer wieder durch den scheinbar triftigen Einwand gehemmt, dass pazifistische Bestrebungen dadurch, dass sie sich nur in den nichtkommunistischen Ländern frei entwickeln können, während sie im Osten gar nicht geduldet werden, eine einseitige Schwächung der Abwehrkraft des Westens verursachen müssen. Im Zusammenhang damit wird erklärt, dass die totalitären Staaten des Ostens ihre Untertanen so strikt in der Gewalt haben, dass jeweils von heute auf morgen je nach Bedarf Friedensstimmung oder Kriegsstimmung erzeugt werden kann.

Auf diesen Einwand ist zu erwidern, dass die in den Punkten 2) und 3) geforderten Beschlüsse selbst dann ihren Zweck erfüllen können, wenn sie etwa nur von den Organisationen der westlichen Demokratien allein gefasst werden. Denn man darf nicht in oberflächlicher Weise Entschlüsse dieser Art verwechseln mit jenen, die im Jahre 1948 von den Kommunisten in Frankreich und Italien propagiert wurden, wonach im Falle eines Krieges die einmarschierenden Truppen der Roten Armee als Freunde und Befreier begrüsst werden sollten. Eine Resolution der letzteren Art ist natürlich nur vom Standpunkt jener Leute vertretbar, die so wie die Kommunisten von der Voraussetzung ausgehen, dass eine Aggression von russischer Seite ja gar nicht in Frage käme, dass vielmehr nur die kapitalistischen Imperialisten die Aggressoren sein würden. Aber für die Millionen Menschen im Westen, die genau der gegenteiligen Ansicht sind, muss die Erklärung, dass man die Eindringlinge als Befreier begrüssen sollte, direkt als eine Aufforderung zum Hochverrat wirken.

Gemäss dem hier gemachten Vorschlag liegt der Fall ganz anders, indem der Beschluss dahin geht, **j e d e n A g g r e s s o r**, ob er nun von Osten oder Westen kommt, mit allen Mitteln zu bekämpfen. In seiner Nutzanwendung auf das Verhältnis zwischen den Weststaaten und der Sowjetunion würde der hier geforderte Beschluss ganz konkret und brutal formuliert so lauten: Den Russen wird die für sie sehr wertvolle Versicherung gegeben, dass die Arbeiterschaft aller Staaten, deren Gewerkschaften auf dem Kongress vertreten sind, sich mit allen Mitteln des kollektiven Kampfes gegen die Ausführung einer Aggression auf die Sowjetunion zur Wehr setzen würde. Gleichzeitig würde die Sowjetunion aber ausdrücklich davor gewarnt, dass im Augenblick, da sie etwa selbst als Angreifer auftreten würde, ihre Industriezentren und Rüstungswerke unter sehr aktiver Mitwirkung der selben Arbeiterschaft vernichtet würden. So fürchterlich diese Drohung ist - die sich natürlich gegen jeden anderen Aggressor in der gleichen Weise richtet - kann sich doch niemand, der ein reines Gewissen hat und sich von allen Aggressionsabsichten frei weiss, über sie beschweren, weil er ja gar nichts anderes tun muss, als innerhalb seiner eigenen Grenzen zu bleiben, um der Drohung ihre Voraussetzung zu entziehen. Sollte dagegen ein Angriffsakt auf die Sowjetunion erfolgen, so würde sie sich genau mit dem gleichen Recht wie irgend ein anderer Staat mit sämtlichen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen.

Gerade die Kombination einer eindeutigen Kennzeichnung und inter-

nationalen Achtung der Aggression mit der überwältigenden Vernichtungskraft der Atomwaffen kann die notwendige Stabilisierung der grossen Weltpolitik dadurch erzeugen, dass sich zum erstenmal in der Geschichte ein ungeheurer Kontrast zwischen den Risiken friedlichen und kriegerischen Verhaltens ergibt. Wer keine Aggressionsabsichten hat, braucht auch nichts zu fürchten; der Angreifer soll aber rechtzeitig gewarnt sein, dass er mit völliger physischer Vernichtung seiner Nation zu rechnen hat. Man behalte also die Bombe als Waffe bei und halte sie zur Abwehr von Aggressionen parat. Zur Vermeidung von Missbräuchen bedarf es einer klaren Begriffsbildung der Aggression und einer aus neutralen Beobachtern gebildeten Art internationaler Brandwache.

Zu Punkt 4) und 5).

Die Erzeugung einer von Misstrauen und Feindschaft verseuchten Atmosphäre zwischen den Völkern westlich und östlich von Elbe und Leitha wird gefördert durch die gegenseitige Absperrung, die es verhindert, dass sich gesunde gemeinsame wirtschaftliche Interessen ausbilden, dass die Menschen der betreffenden Länder einander näher kennenlernen und in Gedankenaustausch über ihre gemeinsamen Sorgen treten können. Die Furcht vor der von der Gegenseite her drohenden Aggression würde schwinden, wenn die Leute beiderseits mit eigenen Augen und Ohren erfahren könnten, wie sehr es den anderen daran liegt, endlich einmal in Frieden leben zu können. Die Vereinigten Staaten haben in Kanada einen nördlichen Nachbarn, der unermessliche Bodenschätze besitzt, eine völlig ungeschützte fast 6.000 km lange Grenze hat und militärisch unvergleichlich schwächer ist als die angeblich imperialistisch aggressive USA. Aber kein Mensch hüben und drüben denkt überhaupt an die Möglichkeit eines zwischen ihnen ausbrechenden Krieges; dazu trägt nicht zuletzt der Umstand bei, dass die Grenze zwischen ihnen gar kein nennenswertes Hindernis für den Handels- und Fremdenverkehr und für die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern bildet. Staaten, die miteinander gute Geschäfte machen, haben es nicht nötig, einander zu bekriegen. Und die natürlichen, dem Industriepotential und den Rohstoffquellen entsprechenden Voraussetzungen für gute Geschäfte zwischen USA und UdSSR sind durchaus gegeben; das Hindernis liegt nur in der durch doktrinäre Vorurteile und durch Gruppenegoismus erzeugten hysterischen Furcht.

Zu Punkt 6).

Die Gegner der Abrüstung stützen sich immer wieder auf das von den Geschäftemachern der Rüstungsindustrie durch Jahrhunderte hindurch erfolgreich missbrauchte Sprichwort „si vis pacem para bellum“, das sich im Lichte der historischen Erfahrungen als völlig falsch erwiesen hat. Mit Ausnahme der vor rund vier Jahrhunderten erfolgten Vergewaltigung der alten peruanischen und mexikanischen Kulturen durch die brutalen und habgierigen spanischen Eroberer hat es in der Neuzeit keine grossen Kriege von stark gerüsteten gegen völlig wehrlose Nationen gegeben, sondern immer nur Kriege zwischen Partnern, deren Kriegsstärke sich annähernd die Waagschale halten konnte. Auch Hitlers Ueberfall auf Dänemark und Norwegen ist ja nur im Rahmen von Kriegshandlungen gegen andere, annähernd gleichstarke Gegnergruppen zustande gekommen und die Vereinigten Staaten, die heute von ihren Gegnern als die Erzkriegshetzer der Gegenwart hingestellt werden, haben seit dem Bestehen ihres ungeheuren Kriegspotentials noch nie einen schwächeren Gegner angegriffen. Sie hätten auch weder in den ersten, noch in den zweiten Weltkrieg eingegriffen, wenn sie nicht in dem einen Falldurch die U-Boot-Politik des verblendeten deutschen Generalstabs und im anderen Fall durch den Ueberfall auf Pearl Harbour dazu gezwungen worden wären. Das Risiko, dass man einen Krieg durch Wettrüsten, durch Bedrohen und wirtschaftliches Abwürgen eines ~~starken~~ Gegners entfesselt, ist also viel grösser als das Risiko, wegen militärischer Unterlegenheit angegriffen zu werden. Dabei ist im übrigen zu bedenken, dass beim gegenwärtigen Zustand der Technik die Abwehrkraft der Verteidigungswaffen gegenüber der Vernichtungskraft der Atomwaffen in der ganzen Welt weitaus unterlegen ist.

Zwei Erfahrungstatsachen aus der Zeit seit 1914 sollten stärker ~~zu~~ beachtet werden und sollten bei Erwägungen über die Abrüstung in Rechnung gezogen werden: 1) Der Vorsprung der Vernichtungsmittel gegenüber der Abwehrkraft der Verteidigungswaffen nimmt mit den Fortschritten der Technik ständig zu. 2) Aggressionen haben sich in diesem Jahrhundert zum Unterschied von früher als nicht mehr lohnend erwiesen. An Bismarcks Entschlüssen hätte sich z.B. noch kaum etwas geändert, wenn er in einer klaren Vision den Zustand seines Landes nach 1871 hätte voraussehen können. Dagegen hätten Hitler und Mussolini sich gehütet, leichtfertig in einen Krieg einzutreten, wenn sie geahnt hätten, wie er ausgeht.

Wie schon in Kapitel I unter Punkt 2) erwähnt, würden diese Tatsachen in einem künftigen Krieg in potenziierter Form in Erscheinung treten.

Im Atomkrieg gibt es keinen Schutz vor Vernichtung und auch die Begriffe von Sieg und Eroberung werden sinnlos angesichts eines verwüsteten und durch radioaktive Verseuchung unbewohnbar gemachten Feindgebietes.

Falls daher in Zukunft Kriegswaffen überhaupt noch eine Rolle spielen sollten, so werden auf alle Fälle die bisherigen konventionellen Waffen gegenüber Fernraketen und Atomwaffen so sehr zurücktreten wie einst die Schwerter und Lanzen gegenüber den Gewehren und Kanonen. Wenn späterhin ein Volk überhaupt noch glauben wird, sich gegen die Gewalt wappnen zu müssen - was bei der Einzelperson seit einigen Jahrhunderten nicht mehr der Fall ist - dann wird ein entsprechendes Lager von Atombomben und radioaktivem Todesstaub sowie eine Anzahl von Fernraketen-Stationen genügen, um einen Angreifer abzuschrecken. Militärische Abwehr kann bei dieser technischen Lage nur in der Drohung eines ebenfalls vernichtenden Gegenschlags bestehen. Die mit Atomwaffen angegriffene Nation geht zwar sicher zugrunde, kann aber im Fallen gleichzeitig noch den Gegner ebenfalls vernichten. Mit dieser Drohung kann der sittlichen Forderung nach internationaler gegenseitiger Rücksichtnahme jener handgreifliche Nachdruck verliehen werden, der in unserem barbarischen Zeitalter leider noch immer für nötig gehalten wird.

Zu Punkt 7) und 8).

Die hier vorgeschlagene Lösung des Friedensproblems muss ihrem Wesen nach in dem Sinne wirken, dass mit der Verhinderung gewaltsamer Operationen an der menschlichen Gesellschaft die revolutionären Veränderungen hinausgeschoben und durch evolutionäre ersetzt werden. Dies hat neben grossen Vorteilen auch den - meiner Ueberzeugung nach geringeren-~~N~~ Nachteil der Bildung bzw. Belassung einer beiderseits auftretenden Irredenta, also von Gruppen von Unerlösten, von Leuten, denen das Joch der Unterdrückung (im Westen der Kapitalismus, im Osten die Diktatur des Bolschewismus) so unerträglich erscheint, dass sie von Jahr zu Jahr auf eine von aussen oder von innen her mit Waffengewalt durchgeführte Befreiung hoffen, ähnlich wie das die Millionen Nazi-gegner in Deutschland während des zweiten Weltkrieges taten.

Das Bestehen einer derartigen Irredenta wirkt zweifellos einer Beruhigung und Stabilisierung der Weltlage entgegen. Es wäre aber gleichzeitig unmenschlich und unklug, die Irredentisten einfach ausrotten zu wollen, vielmehr ist der den Geboten der Menschlichkeit und der staatsmännischen Klugheit entsprechende Weg der, dass man trachtet, die realen Gründe für die Unzufriedenheit dieser Leute zu beseitigen. Leider war

nun bisher im Osten z.B. für die herrschenden Schichten in der Sowjetunion und in den Volksdemokratien der Anreiz dafür gering, in diesem Sinne, das heisst im Sinne einer Rücksichtnahme auf das Los der Schwachen und sich vom Regime unterdrückt Fühlenden zu handeln. Denn die Hauptsorge galt der Sicherung gegen eine Aggression von aussen und gegen gewaltsame Umsturzversuche von innen her. Dazu war eine starke Wehrmacht und eine strenge Polizeiherrschaft nötig; wieviel Leute sich dabei unglücklich fühlen und am liebsten davonlaufen würden, spielt praktisch eine geringere Rolle, weil ja ohnedies niemand die Grenzen überschreiten kann. Nach kommunistischer Auffassung ist all dies nur ein Uebergangszustand, der nach Durchführung aller sozialen Pläne allmählich in einen andern Zustand übergehen muss, in dem das Los der Menschen unvergleichlich besser sein würde als es je in den kapitalistischen Ländern der Fall war. Der Marxismus-Leninismus war ja von vornherein von einer Art Erlöser-Mission erfüllt und das Argument, mit dem er in den Weststaaten Anhänger wirbt, besteht in der Verheissung der Befreiung vom Ausbeutertum.

Nun ist leider der Wettbewerb zwischen den die Menschen beglücken sollenden Systemen des freien Unternehmertums auf der einen Seite und des Marxismus-Leninismus auf der anderen Seite in einen reinen, als Selbstzweck geführten Machtkampf entartet und daher besteht eine gewisse Gefahr dafür, dass die Streitparteien in Versuchung geraten, ihre Ueberlegenheit damit beweisen zu wollen, dass sie imstande sind mehr Millionen Menschen mit Atomwaffen umzubringen als die Gegenseite. Das Ergebnis einer solchen Entwicklung wäre, dass nicht nur keine wirkliche Auswahl des Besseren eintritt, sondern überhaupt das völlige Chaos und eine allgemeine Verelendung resultiert. Die Gefahr des Ueberwucherns des Machtstrebens wird noch vergrössert durch den seit Jahrtausenden in Schule und Haus gepflegten Ehrgeiz der Vaterlandstreue und des soldatischen Kampfgeistes.

Wenn man nun den kriegerischen Kampfgeist durch Aechtung der Aggression auf die Abwehrbereitschaft gegen einen Angriff einschränkt, muss man neue Ziele setzen. Diese können im Geiste einer wirklichen Demokratie nur darin gefunden werden, dass an Stelle der bisherigen Vergewaltigungsversuche des jeweils anderen Systems ein fairer Wettbewerb zwischen beiden tritt. Die Vertreter der beiden Systeme sollen ihre Behauptung hinsichtlich der Ueberlegenheit des eigenen Systems dadurch beweisen, dass sie es zuwege bringen, eine grössere Anzahl

ihrer Staatsbürger zufrieden zu stellen und eine geringere Anzahl von Menschen unglücklich zu machen, die beim jetzigen Zustand nur dadurch im Lande gehalten werden können, dass die Staatsgrenzen zu Kernmauern gemacht worden sind.

Bei der Uebervölkerung vieler Gebiete kann man es natürlich keinem Staat zumuten, eine unbeschränkte Einwanderung zu gestatten. Aber ein sozial gesunder und anständig regierter Staat müsste es sich ohne weiters leisten können, allen jenen, die es wollen, die Auswanderung freizustellen. Eine Staatsführung, die das auf Dauer nicht tun kann, hat damit das Urteil über sich selbst schon gesprochen.

Natürlich wäre es unfair, das Verlangen auf Freigabe der Auswanderung an alle Staaten sofort zu stellen, weil ja die Oststaaten infolge der Kriegsverwüstungen und infolge der Umstellung auf ein neues Wirtschaftssystem heute noch stark gehandicaped sind. Andererseits aber darf die kommunistische Verheissung auf Errichtung eines Arbeiterparadieses nicht unbeschränkt lang ein uneingelöstes Versprechen bleiben. Aus diesen Erwägungen möchte ich den Punkt 8) des Vorschlags etwa folgendermassen konkretisieren:

Nach einer gewissen noch zu vereinbarenden Bewährungsfrist, beispielsweise ab 1960 oder 1965, sollen in allen Ländern der Welt Auswanderungskommissionen der Vereinten Nationen eingesetzt werden, deren Aufgabe es wäre, schriftliche Auswanderungsanmeldungen entgegenzunehmen, wobei die Kommissionen verpflichtet sind, die Namen der Bewerber bis zum Zeitpunkt der tatsächlichen Auswanderung geheim zu halten. Sie sollen nur in gewissen Zeitperioden die Anzahl der in dem betreffenden Lande eingelaufenen Gesuche bekannt geben, so dass dieser Vorgang einer Art geheimen Abstimmung entspricht und nach Art der Notenbankausweise als Barometer dienen kann. Wegen der schon erwähnten Uebervölkerung der Erde ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Auswanderungswerber aus allen Ländern weitaus grösser sein wird als die Summe der in Frage kommenden Einwanderungsquoten. Die Kommissionen werden daher eine Auswahl zu treffen haben und in bestimmten Zeitintervallen jeweils einen Teil der Bewerber aufzurufen haben.

Organisatorisch würde die Ausführung des Planes die Einsetzung von zweierlei Arten internationaler, über alle grösseren Länder zu verteilenden Kontrollkommissionen erfordern:

1) Fliegende Kommissionen in einer Anzahl von Staaten, die eine Art Feuerpolizei darstellen und in Funktion treten, sobald ein Staat

- 23 -

behauptet, er sei angegriffen worden. Diese neutralen Beobachter hätten sofort an Ort und Stelle zu untersuchen, ob eine Aggression gemäss der internationalen Definition vorliegt oder nicht. Diese Beobachtungskommissionen wären möglichst sofort einzusetzen.

2) Die eben erwähnten Auswanderungskommissionen, die ihre Tätigkeit jedoch erst nach Ablauf der vereinbarten Bewährungsfrist aufzunehmen hätten.

Anhang: Auseinandersetzung mit einem Einwand.

Ein von den amerikanischen Rechtskreisen her zu erwartender Einwand gegen den vorliegenden Plan könnte darin bestehen, dass die Amerikaner nicht gewillt seien, sich kommunistische Umtriebe in ihrem Lande unbeschränkt lang gefallen zu lassen und dass sie sich das Recht vorbehalten, gegen die Tätigkeit der Kominform nötigenfalls auch mit Waffengewalt vorzugehen. Hierauf ist zu erwidern, dass sie zur Abwehr revolutionärer Umtriebe innerhalb ihrer eigenen Landesgrenzen natürlich alle Massnahmen ergreifen können, die mit ihrem demokratischen Gewissen und mit der Charta der Menschenrechte zu vereinbaren sind, dass aber ein militärischer Angriff auf irgendein anderes Land genau so ein Kriegsverbrechen wäre wie Hitlers Ueberfall auf Polen. Ein oberstes Grundgesetz des internationalen Rechtes muss darin gipfeln, dass gleiches Recht für alle besteht. Nun kann es doch keinem Zweifel unterliegen, dass die ganze übrige Welt empört gewesen wäre, wenn etwa die Russen auf Grund der vom Ausland her geförderten konterrevolutionären Bestrebungen in der Sowjetunion, auf Grund der Tätigkeit der verschiedenen fünften Kolonnen in ihrem Lande, plötzlich Bombenangriffe auf kapitalistische Staaten unternommen hätten, oder wenn die Ungarn den Fall Mindszenty dazu benützt hätten, um mit militärischen Kräften in ein Nachbarland einzumarschieren. Was nun dem einen recht ist, muss dem andern billig sein. Jeder Staat hat mit seinen inneren Schwierigkeiten entweder selbst fertig zu werden oder er mag, falls er dazu nicht imstande ist, an ein internationales Forum appellieren. Aber die Landesgrenzen überschreitende militärische Operationen, die nicht notgedrungen als Gegenoffensive gegen eine vorangegangene militärische Aggression der anderen Seite erfolgen, sind kompromisslos als internationale Verbrechen zu brandmarken und sollen allen Sanktionen unterliegen, deren die Welt beim heutigen Stand der Technik fähig ist.